A2 II. GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG, KUNST UND KULTUR

Gremium: Kreisvorstand
Beschlussdatum: 16.02.2019

Text

1. ELBLANDKLINIKEN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Meißen setzen sich für die Elblandkliniken als vorbildlich geführte kommunale Krankenhäuser ein.
Eine Privatisierung – auch durch die Hintertür – lehnen wir strikt ab. Den Weg der Ökonomisierung unserer Gesundheitseinrichtungen betrachten wir kritisch.

2. NOTFALLVERSORGUNG – RETTUNGSDIENSTE - KATASTROPHENSCHUTZ

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Meißen lehnen die zunehmende Ökonomisierung der Notfallmedizin und damit der Rettungsdienste ab.
Wir sprechen uns für die Abschaffung der Ausschreibungspflicht für Rettungsdienste aus.
Wir favorisieren die Konzessionsvergabe an örtlich aktive und erfahrene Hilfsorganisationen.

Wichtig ist uns, dass der Landkreis das ehrenamtliche Engagement der vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Katastrophenschutz und psychosozialer Notfallversorgung als Beitrag zur öffentlichen Daseinsfürsorge würdigt.

Die Betreuung von Menschen nach akuten Belastungsreaktion ist auch Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge und verdient die Unterstützung des Landkreises.

3. FEUERWEHR

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Meißen sehen in allen Teilen des Landkreises gleichermaßen das Problem der Gewährleistung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehren – insbesondere tagsüber.
Der Landkreis darf die Kommunen bei der Suche nach Freiwilligen nicht alleinlassen. Es sind durch den Landkreis geeignete Wege zu finden die Kommunen bei ihrem Versorgungsauftrag zu unterstützen.

4. SOZIALES

Der Landkreis Meißen ist im besonderem Maße von einer hohen Arbeitslosigkeit und all ihren Folgeerscheinungen betroffen. Deshalb ist es auch wichtig, das die wenigen bestehenden Angebote z.B. Beratungsstellen, Begegnungsstätten, Jugendwerkstätten auch im neuen Landkreis bestehen bleiben.

Diese Angebote helfen die Folgen von Arbeitslosigkeit zu mildern. Die bisherige Förderung sozialer Projekte durch den Landkreis darf, trotz der schlechten Finanzlage, keine weiteren finanziellen Einschnitte hinnehmen, sondern ist bedarfsgerecht (z.B. auf Grundlage einer Jugendhilfeplanung) fortzuführen. Vor allen Dingen die Kommunen müssen sich ihrer Verantwortung stärker als bisher bewusst werden und soziale Projekte aufbauen bzw. stärker als bisher fördern.

5. KINDER UND JUGEND

Kinder und Jugendliche dürfen nicht erst dann „interessant“ werden, wenn sie sich in einer Notlage befinden, mit dem Gesetz in Konflikt kamen oder politisch extreme Positionen einnehmen.

Kinder- und Jugendarbeit hat vor allem präventiven Charakter. Durch vorbeugende Maßnahmen soll, kann und muss verhindert werden, dass Kinder in sozialem Abseits groß werden oder rechtsextreme oder neofaschistische Gruppierungen noch mehr Zulauf von Jugendlichen erhalten.

Trotzdem bleibt die Arbeit mit Randgruppen (auch politisch extremen Gruppierungen) ein besonders wichtiger Bestandteil der Jugendarbeit. Jugendarbeit darf jedoch nicht nur im Freizeitbereich angesiedelt sein. Die hohe Zahl von arbeitslosen, wohnungslosen oder auch straffällig gewordenen Jugendlichen zeigt andere wichtige Ansatzpunkte für Jugendarbeit.

Ambulante Maßnahmen als Hilfeform für Kinder und Jugendliche sind stationären Hilfeformen vorzuziehen. Bei stationärer Unterbringung von Kindern und Jugendlichen muss langfristig auf kleinere, dezentrale Projekte hingearbeitet werden. Große und zentrale Unterbringungsmöglichkeiten sind nicht mehr zeitgemäß. Die Unterbringung von Kindern in geschlossenen Einrichtungen lehnen wir nach wie vor kategorisch ab. Besonders in den Sozial-, Jugend- und Gesundheitsämtern sollen an allen bisherigen Standorten des Landratsamtes mindestens einmal wöchentliche Sprechzeiten erhalten bleiben.

Perspektivisch sollten in allen Städten des Landkreises Bürgersprechstunden eingerichtet werden. Die Jugendhilfeplanung des Landkreises muss zur Stärkung zur Vernetzung zwischen freier und öffentlicher Jugendhilfe, sowie Jugendfreizeiteinrichtungen beitragen. Dafür ist eine kontinuierliche finanzielle Förderung unerlässlich. Wir plädieren für die Einführung einer Kinderfreundlichkeitsprüfung bei allen Entscheidungen auf kommunaler Ebene.

6. ASYL

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Meißen heißen Menschen aus allen Kulturkreisen willkommen.
Die staatliche Ausgrenzung von Asylsuchenden durch die Unterbringung in maroden Sammelunterkünften, durch Arbeitsverbote, die Residenzpflicht und Diskriminierung durch entwürdigende Sachleistungen, stigmatisieren die Betroffenen und leisten rassistischen Vorurteilen Vorschub.

Wir wollen die Bedingungen im Landkreis Meißen so gestalten, dass sich Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion oder ihres sozialen Status, wohlfühlen und entfalten können. Hierzu gehört auch, dass niemand aufgrund von Nationalität oder Aufenthaltsstatus im Gesundheitssystem benachteiligt werden darf.

Aus diesem Grund setzen wir GRÜNEN uns dafür ein, dass jede leistungsberechtigte Person eine eigene Gesundheitskarte erhält. Bei der Unterbringung von Asylsuchenden fordern wir einen direkten und offenen Dialog zwischen Stadtverwaltungen, Landkreisverwaltung, Landesregierung und Bürgerinnen und Bürgern. Nach einer Orientierungsphase in der Gemeinschaftsunterbringung, halten wir die dezentrale Unterbringung am besten geeignet, um Asylsuchende so

würdevoll, wie möglich unterzubringen und durch die damit verbundene Inklusion Vorurteile, Hass und Übergriffe gegenüber Asylsuchenden zu minimieren.
Zur Beendigung der Unterbringung in Sammelunterkünften setzten wir GRÜNE uns für die Bereitstellung und wirklich aktiven Suche dezentraler Unterbringungsmöglichkeiten ein.

7. ERZIEHUNG UND BILDUNG

Die bestehenden Kindereinrichtungen sind bedarfsgerecht zu erhalten. Jeder Familie muss es auch weiterhin möglich sein, auf Wunsch einen Kindertagesstättenplatz in Anspruch nehmen zu können.

Die Einschränkung des Anspruchs bei Nichterwerbstätigen lehnt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entschieden ab, da nicht erwerbstätige Erziehende so vom Arbeitsmarkt dauerhaft verdrängt werden. Bei der Übergabe von Kindereinrichtungen in freie Trägerschaft, ist auf eine breite pädagogische Vielfalt zu achten.

Eine weitere Erhöhung der Elternbeiträge lehnen wir ab. Die Beiträge haben eine Grenze erreicht, die nicht überschritten werden darf. Elterninitiativen und alternative Kinderprojekte wollen wir politisch unterstützen und fördern.
Bildungswege sind Lebenswege, deshalb stehen für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Zugangs- und Chancengerechtigkeit unabhängig von sozialer, kultureller oder geographischer Herkunft, sowie eine neue Kultur des lebenslangen Lernens im Mittelpunkt.

Kreis und Gemeinden haben als Schulträger und mit der Erstellung des Schulnetzplanes einen erheblichen Einfluss im Bildungsbereich. Wir fordern auf, dabei landkreisübergreifend zusammenzuarbeiten. Wir unterstützen Initiativen von Schulen im Landkreis, die eine ökologische Lebensweise fördern. Das beinhaltet unter anderem die Initiativen zur Energieeinsparung und zum schonenden Umgang mit Ressourcen.

Die Schülerinnen und Schüler müssen die Möglichkeit haben, ein finanziell günstiges und gesundes Mittagessen in der Schule einzunehmen. Die Beschäftigung von Schulsozialarbeitern oder Schulpsychologen als unparteiische Ansprechpartner an Schulen ist ein wichtiger Beitrag, um möglicher Gewalt entgegen zu wirken. Wichtigste Voraussetzung zur Vermeidung von Gewalt ist und bleibt aber ein offenes und vertrauensvolles Klima an den Schulen.

Schülerinnen und Schüler müssen den Umgang mit neuen Medien erlernen, um auf die veränderten Verhältnisse in einem erweiterten Europa von morgen angemessen reagieren zu können. Der Landkreis als Bildungsträger muss die Voraussetzungen schaffen, um allen am Bildungsprozess Beteiligten einen Zugang zu den Kommunikationsnetzen zu ermöglichen. Wir stehen auch weiterhin dafür ein, dass weite Wege zu Schulen und Bildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche nach Möglichkeit vermieden werden sollten.
Wo und solange sich weite Wege nicht vermeiden lassen, ist dies bei der Planung des Unterrichtsbeginns zu berücksichtigen, um die Aufnahmefähigkeit auch der von weiter anreisenden Schüler und Schülerinnen sicher zu stellen. Ganztagsschulen und kostenlose Fördergruppen für Kinder und Jugendliche werden von uns unterstützt.
Auch die Bestrebungen zum Erhalt und Neuaufbau der Sternwarte Riesa werden von uns begrüßt.

8. KUNST UND KULTUR

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Erhaltung und eine weitere Gestaltung des sozialen und kulturellen Lebensraumes ein. Kultureinrichtungen des Landkreises und der Kommunen sollten für breite Bevölkerungskreise und für Vereine geöffnet bleiben.
Die Kulturerziehung von Kindern und Jugendlichen in Musikschulen ist zu erhalten, auszubauen und weiter zu fördern. Künstlerinitiativen in den größeren Städten, aber auch auf dem Land, sind gleichermaßen zu unterstützen und zu fördern.

Kunst und Kultur ist neben anderen wichtiger Standortfaktor für den Landkreis. Insbesondere setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für den weiteren Erhalt der Elblandphilharmonie ein.